

SAMMEL SURIUM

Bilder aus Rostock

zeigen PolizistInnen, die in Menschenmengen stürmen und die Schlagstöcke schwingen. Die Festgenommene misshandeln. Die wahllos Wasserwerfer und Tränengas einsetzen. Die AnwältInnen z. T. tötlich bei der Arbeit behindern (vgl. www.rav.de). Man musste schon wegschauen, um hier keine unverhältnismäßige staatliche Gewalt, keine massive Rechtswidrigkeit zu sehen. In den Medienreaktionen auf die Ausschreitungen vom 2. Juni jedoch ging es nur um die nötige Bekämpfung von "gewalttätigen Militanten".

Von BILD hatte man nichts anderes erwartet: "Wollt ihr Tote, ihr Chaoten?" Aber auch die übrigen bürgerlichen Medien machten in Angst. Am pathetischsten kam die journalistische Bankrotterklärung der FAZ daher: "Das Bild setzt sich fest: Polizisten, die um ihr Leben laufen, die mit gebrochenen Gliedern am Boden liegen. Die schutzlosen und verletzten Beamten, die nur mit Glück überlebten, symbolisieren die Kapitulation des Rechtsstaats." Dabei übernahm man kritiklos die Version der Polizei - inklusive aller Lügen, etwa der von den vielen Schwerverletzten: gemeldet wurden 30-60, es waren aber nur zwei. Erst Tage später dementierte man kleinlaut. Der Sachschaden im laut NZZ "verwüsteten" Rostock betrug nach Feuerwehr-Schätzungen - 50.000 €. Nun hörte schlagartig alle Kritik auf, die Meinungsmachenden verneigten sich jetzt vor Scharfmacher Schäuble. Explizit die Lübecker Nachrichten: "Wir entschuldigen uns für eine Fehleinschätzung, die wir in den vergangenen Wochen immer wieder publiziert haben. (...) Die Realität vertreibt die Flausen." Ernüchtern kann Rostock in Wirklichkeit vor allem diejenigen, die noch an die kritische Funktion der selbsternannten "vierten Gewalt" geglaubt haben. (jpt)



Foto: randbild

Schwarzbuch Datenschutz

Jedes Jahr im Oktober findet in Bielefeld eine feierliche Preisverleihung statt - und jedes Jahr ziehen die Preisträger es vor, zu Hause zu bleiben: Die BigBrotherAwards, die als "Oscars für Überwachung" von Datenschutz- und Bürgerrechtsorganisationen verliehen werden, prangern besonders dreiste Missachtungen des Datenschutzes an und würdigen damit nach eigener Aussage besonders herausragende Beiträge zur "Wir-Wollen-Alles-Über-Sie-Wissensgesellschaft". Auszeichnungen werden etwa in den Kategorien Politik, Kommunikation und Arbeitswelt vergeben. Dass die Konkurrenz dabei in den letzten Jahren deutlich härter geworden ist, verdeutlicht die Zusammenstellung launiger Laudatio-Texte und ergänzender Informationen, die kürzlich als "Schwarzbuch Datenschutz" veröffentlicht worden ist: Während es z. B. im Jahr 2000 bereits für eine Auszeichnung genügte, dass der damalige Berliner Innensenator Werthebach erstmals so genannte IMSI-Catcher für die Handy-Ortung anschaffte, ist diese Technik heute in der StPO legalisiert und bundesweit zum standardmäßigen Handwerkszeug der Polizei avanciert. (rs)

Rena Tangens/padeluun (Hg.), Schwarzbuch Datenschutz: Ausgezeichnete Datenkraken der BigBrotherAwards, Nautilus 2006, € 13,90.

Helmut Ridder 1919-2007

Helmut Ridder verstarb am 15. April im Alter von 87 Jahren. Ridder, Professor für Verfassungsrecht in Frankfurt, Bonn und Gießen und u. a. Redakteur von Demokratie und Recht, Mitherausgeber der Blätter für deutsche und internationale Politik und des Alternativkommentars zum Grundgesetz (AK), war ein radikaler, ein "großer Demokrat" (G. Fülberth). Konsequenterweise setzte er sich für den demokratischen und sozialstaatlichen Gehalt des Grundgesetzes und gegen die bundesrepublikanische Restauration ein. Wissenschaftlich bekämpfte er alle Unternehmungen, die im Geiste des deutschen Konstitutionalismus einen apriorischen Staat gegen die Verfassung auspielten oder die "Verfassungswirklichkeit" zum Rechtsmaßstab erhöhten. Politisch war er eine wichtige Stimme in nahezu allen Auseinandersetzungen um Bürgerrechte und Demokratie in der BRD, engagierte sich gegen die Notstandsgesetze, die Berufsverbote, den NATO-Doppelbeschluss. An Ridders verfassungsrechtliche Texte (zu den Berufsverboten zu empfehlen: seine Kommentierung von Art. 33 I-III GG in der 2. Aufl. des AK), die bei aller wissenschaftlichen Strenge nicht vor der nötigen Parteilichkeit zurückschrecken, können kritische JuristInnen anknüpfen. (jpt)

Grundrechte-Report 2007

Kürzlich erschien der elfte Grundrechte-Report, der vom BAKJ zusammen mit acht weiteren Organisationen aus dem bürgerrechtlichen Spektrum herausgegeben wird. Dieser "alternative Verfassungsschutzbericht" gibt einen Einblick in die Situation der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. In 41 kurzen Kapiteln werden besonders eklatante staatliche Verstöße Grundrecht für Grundrecht dokumentiert. Er bedient sich dabei einer klaren und insbesondere für juristische LaiInnen verständlichen Sprache.

Der Schwerpunkt liegt 2007 auf den immer weiter reichenden Beschränkungen von Freiheitsrechten und deren Legitimation durch staatlichen Sicherheitsinteressen. In diesem Zusammenhang lässt der Bericht unter anderem die Fußball-WM 2006 Revue passieren, beschäftigt sich mit dem Berufsverbotsverfahren in Baden-Württemberg und schildert die Repression gegenüber TeilnehmerInnen der Studierendenproteste in Frankfurt/Main.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die Grundrechte ausländischer MitbürgerInnen, etwa beim deutschen Auslieferungsregime an Folterstaaten, der fortbestehenden Praxis der Kettenduldung oder der neuen behördlichen Berechtigung zur Anfechtung der Vaterschaft bei binationalen Paaren. Auch wichtige Urteile, etwa zum Luftsicherheitsgesetz oder zum Brechmitteleinsatz, werden kommentiert. Auf diese Weise verdeutlicht der Report eine alte Weisheit: nicht etwa TerroristInnen sind es, die den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat unsäglich gefährden, sondern diejenigen, die vorgeben ihn zu verteidigen. (pr)

Grundrechtebericht 2007, Fischer TB, € 9,95.